

Stießbaden, 20. Januar 1916.

Fischpreise und Reedergerwinne.

Das sind ganz erheblich höhere Gewinne, als sie bisher von den Reedern beim Gefangensfang eingefrieden wurden. Und trotzdem sich die Verkaufspreise fortgesetzt gestiegen. Man erkennt daraus aufs neue, wie wenig es den Produzenten von Nahrungsmitteln darum zu tun ist, dem Volke das Durchhalten zu ermöglichen, sondern wie alle darauf aus sind, im Krieg möglichst hohe Gewinne einzubemessen.

Postversand von Butter.

Untlich wird berichtet:
Der Butterhand von Butter ist namentlich von norwegischen und holländischen Händlern für ihre Zwecke in großen Umfange in Anspruch genommen worden. Dadurch sind die Bestimmungen über Zentralfisierung der Buttereinfuhr vielfach umgangen. Der preussische Finanzminister hat alle Zollämter angewiesen, Buttereinfuhren der Zentrale zu melden, die dann ihrerseits den Empfänger auf die Ablieferungspflicht hinweist. Gerade zu Weihnachten ist es mehrfach vorgekommen, daß die Butter zum Teil bereits konsumiert worden war, wenn die Zentrale den Empfänger zur Ablieferung aufforderte. In solchen Fällen hat dann die Zentrale von Ablieferung des Restes Abstand genommen, allerdings darauf hingewiesen, daß in Zukunft alles abgeliefert werden müsse. Von der Schweiz sind nach Deutschland bisher nach Resolutionen der Zentralfirmaengesellschaft zwei Paale, und zwar an Herrn Wolff in Frankfurt (im Adreßbuch gibt es viele Wolff, Abk. d. „W.“) geschickt worden. Geschenke allgemein freizulassen, wäre unmöglich, da die Händler von dieser Ausnahme selbstverständlich ausgiebigen Gebrauch machen und ihre Sendungen als Geschenke sendungen freieren würden.

Elektrisch Wiesbaden-Rainz-Hauptbahnhof. Die elektrischen Wagen der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, die in Zukunft von Wiesbaden kommend in Rainz bis zum Hauptbahnhof verkehren sollen, haben nun zum erstenmal probeweise in Rainz die Strecke Kaiserstraße-Bahnhof befahren. Die Wagen sind in der gleichen Größe und Ausstattung gehalten wie die Wagen der Mainz-Gonsenheimer Linie. Bekanntlich hat die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft durch den Vertrag mit der Stadt Rainz das Recht erhalten, ihre Wiesbadener Linie über die Kaiserstraße nach dem Bahnhof zu führen, während der Stadt Rainz das Recht eingeräumt worden ist, mit ihrer Straßenbahn die Große Weide zu benutzen, beides von dem Augenblick an, da die Große Weide für elektrischen Betrieb umgebaut ist. Diese Arbeiten sind nahezu vollendet. Der Zeitpunkt, da der erste elektrische Wagen die Große Weide durchfährt, dürfte nicht mehr allzu fern sein.

Die großen Gleisumbauten im hiesigen Bahnhofe sehen jetzt ihrer Vollendung entgegen. Auf dem einen Bahnsteig wurde dieser Tage probeweise ein großes Schild freihängend angebracht mit der Aufschrift, in welcher Richtung die Züge abgehen, wodurch ein leichteres Zurechtfinden der Reisenden ermöglicht wird. Auf dem Bahnsteig 3 wird eine Erhöhung vorgenommen und der Boden mit einem neuen, festeren Blattenbelag versehen.

Postverkehr mit Rußisch-Polen. Von der Oberpostdirektion wird uns mitgeteilt: Nach dem Etappenabiet des Oberbefehlshabers Ost, in dem eine Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost eingerichtet worden ist, findet fortan in beschränktem Umfang ein privater Post- und Telegrammverkehr auch mit der Bevölkerung des Gebietes statt. Reichspostanstalten sind zunächst eingerichtet worden in Bialystok, Grodno, Kolomo, Libau, Riga, Poniewiez, Schaulen, Suwalki und Wilna. Außerdem nehmen in den Orten Augustow, Dausel, Bielitz, Gosenpohl, Kielmas, Olita, Sokołsko, Wludzin und Wludzinitzk Feldpostanstalten an dem neuen Verkehr teil. Es können aber auch nach anderen Orten in dem Postgebiet Sendungen abgeschickt werden. In der Aufschrift ist dann der Postort anzugeben, von dem der Empfänger die Sendung abholen wird. Postbestellung findet nicht statt. Der private Post- und Telegrammverkehr mit dem neuen Postgebiet erfolgt im allgemeinen unter

ungefähr denselben Bedingungen wie der private Verkehr mit dem Gebiet des Generalgouvernements Warschau. Zugelassen sind im Postverkehr mit dem Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art, gewöhnliche (nicht telegraphische) Postanweisungen bis 800 Mark und Telegramme in dringenden Angelegenheiten — unter Nachweis der Dringlichkeit — bis zu 15 Wörtern. Für Briefsendungen und Postanweisungen gelten die innerschulischen Gebührentarife, für Telegramme wird das Dreifache der inländischen Vorträge erhoben, mindestens 1,50 Mark. Alle Sendungen sind vom Absender vollständig freizumachen. Am Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost werden hierzu deutsche Postwertzeichen mit dem Nennbdruck „Postgebiet Ob Ost“ ausgegeben. Zu den Postanweisungen sind Auslandsvordrucke zu verwenden. Die Postanweisungen sind in deutscher Föhrung auszustellen.

Bestandsberichterstattung von Drogen. Eine neu erschienene Bekanntmachung ordnet die Bestandsberichterstattung von Drogen und Erzeugnissen aus Drogen an. Hiernach ist der am 2. Januar vorhandene Bestand einer großen Anzahl im einzelnen aufgeführter Drogen bis zum 30. Januar an die Medizinal-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin zu melden. Von allen von der Bekanntmachung betroffenen Drogen und Erzeugnissen aus Drogen sind bestimmte Mindestmengen meldesfrei gelassen, so daß die Bekanntmachung insbesondere für Privatpersonen oder kleinere Betriebe kaum in Betracht kommen dürfte. Jeder Meldepflichtige wird außerdem angehalten, ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Aenderung der gemeldeten Vorratsumengen und ihre Verwendung zu ersehen ist. Die Bekanntmachung, die eine Aufzählung der meldepflichtigen Drogen und der meldefreien Mindestmengen enthält, ist im Frankfurter Amtsblatt veröffentlicht.

Kriegsbeschädigte Lehrer. Die Wiesbadener Regierung richtet an die Gemeinden, Magistrate und Schulverbände einen Aufruf, doch sie an ihrem Theil dazu beitragen, doch kriegsbeschädigten Lehrern die Rückfälle in ihren Beruf durch ihre Wahl erleichtert wird. Lehrer, die an ein- oder zweiklassigen Schulen nicht mehr unterrichten können, sollen im Interesse des Dienstes an mehrklassigen Schulen versetzt werden.

Einführung von Rindfleischungen. Die die „I. R.“ erfährt, sind in der nächsten Zeit einschneidende Maßregeln zu erwarten, die dazu dienen sollen, die Rindviehschlachtungen, die in der letzten Zeit in bedenklichem Maße überhand genommen haben, einzuschränken. Besondere Beachtung wird dabei der Umstand finden, daß Händler im Lande umherziehen, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen Rindvieh an sich bringen und es dann zu hohen Preisen zu Schlachthäusern weiter veräußern. Eingehende Prüfung wird ferner die Frage finden, ob es angänzlich ist, daß Rindfleisch auch weiter zu Konserven verarbeitet wird. Es ist anzunehmen, daß die zu erwartenden Maßnahmen sich auch mit dieser Frage beschäftigen werden. Gossentlich führen sie aber nicht dazu, daß auch das Rindfleisch noch wesentlich verteuert wird.

Reichens-Theater. Der Samstag bringt wieder eine Erstausführung herrlicher Art: der Verfasser von „Als ich noch im Püggel-Heide...“, Martin Herffee, kommt mit seiner neuesten Arbeit: „Tante Tüschchen“, einem kleinen Stück aus großer Zeit, zu Wort. In diesem lustigen, aber auch gemüthvollen Püggel und Frip Neuterdie Einfälle — das bekannte Erlebnis der Pomself Weisalen aus der Aromasentid — verweelet und in die heutige Zeit gewissermaßen transponiert. Im Sommer hat das in jeder Weise deutsche und gesunde Stück überaus warmen Erfolg gehabt. Am Sonntag abend 7 Uhr wird „Tante Tüschchen“ wiederholt. Am Sonntag nachmittags 4½ Uhr kommt das so beifällig aufgenommene Volksstück „Wo die Schwalben nisten...“ zu halben Preisen zur Aufführung.

Aus den umliegenden Kreisen.

Gemeinden und Höchstpreise.

Das Reichsgericht hat kürzlich — Zeitungsnachrichten zufolge — sich in einer Strafsache gegen eine Wursthändlerin in Hannover dahin ausgesprochen, daß von den Gemeinden Höchstpreise nur für örtliche Produkte festgesetzt werden können und daß daher in Hannover verkaufte, in Braunschweig produzierte Leberwurst nicht unter die für Hannover geltenden Höchstpreise falle. Diese Nachricht ist unzutreffend. Das Reichsgericht hat vielmehr festgestellt, daß die Bekanntmachung der Höchstpreise seitens des Magistrats sich auf alle Sorten frischer (weider) Rettwurst beziehe. Das landgerichtliche Urteil ist nur deshalb aufgehoben und die Angelegenheit zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückerwiesen worden, weil mit Unrecht bei der Angeklagten Vorsätzlichkeit angenommen und die Möglichkeit einer fahrlässigen Zuwiderhandlung nicht geprüft worden ist.

Etatsforderungen für Hessen-Nassau.

Im Etat der Eisenbahnverwaltung finden sich innerhalb des Bezirks der Eisenbahndirection Frankfurt a. M. eine Million Mark für eine selbständige Einführung der Lomberger Bahnstrecke in den Hauptpersonenbahnhof Frankfurt a. M., zwei Millionen Mark für Erweiterung des Bahnhofs Gösch, weitere zwei Millionen Mark für die Erweiterung des Hauptpersonenbahnhofs Frankfurt a. M., 2½ Millionen Mark für die Erbauung einer Lokomotivwerkstätte in der Gemarkung Nied bei Frankfurt a. M. Innerhalb des Bezirks der Eisenbahndirection Kassel letzte Raten für die Erweiterung der Bahnhöfe Kassel-O., Eichenberg, Freden, Weiseförth, ferner Raten für Erweiterung der Bahnhöfe Northeim, Salzhotten, Abtingshausen, weiter eine künftige Rate von 150 000 Mark für die Herstellung von zwei Ueberholungsgleisen zwischen den Bahnhöfen Wilhelmshöhe und Guntershausen.

Die Justizverwaltung verlangt eine vierte und Ergänzungsräte für die Erweiterung der Geschäftsräume der Gerichtsbehörden in Frankfurt a. M. Im Kultusetat finden wir die Forderung einer dritten Räte von 120 000 Mark für den Neubau eines Hörsaal-Seminar- und Verwaltungsgebäudes bei der Universität Marburg. Die Gesamtkosten dieses Neubaus einschließlich der inneren Einrichtung und der Außenanlage sind auf 400 000 Mark veranschlagt.

Sensau, 20. Jan. (Eine Schwindelfirma) bot unter dem Namen Herbert Finde, Hamburg, einem hiesigen Butterhändler Butter im Preise von 1.98 Mark das Pfund gegen Voreinsendung eines Drittels der Kaufsumme an. Der Händler gab auch eine Bestellung auf und sandte das verlangte Geld ein. Er erhielt in dessen neuer Butter noch sein Geld zurück. Die Polizeidirektion bittet einige weitere Geschädigte, sich am Zimmer 1 zu melden.

Canau, 20. Jan. (Wildhöchstpreise.) Für den Stadtkreis Canau wurden folgende Höchstpreise für Wild für den Kleinhandel (Mengen unter 10 Kilogramm) festgesetzt: Rot- und Damwild: für Rücken, Keule (beste Stücke) 1.40 Mark, für Bug 95 Pf.

für Ragout 60 Pfg.; Schweild: für Rücken, Keule (beste Stücke) 1.80 Mark, für Bug 1.10 Mark, für Ragout 65 Pfg.; Wildschwein: für Rücken, Keule (mit Borsten) 1.10 Mark, für Brust, Bug, Kopf (mit Borsten) 60 Pfg., alles pro Pfund; für Hosen: 1. für Hosen im ganzen mit Fell 5 Mark für das Stück, ohne Fell 4.50 Mark für das Stück für Zubringen ins Haus des ganzen Hosen: Bringerlohn 20 Pfg.; 2. für einzelne Teile des Hosen: für Hosenbraten 3.80 Mark (Rücken mit den beiden Hinterbeinen), für den Rücken 2 Mark, für die beiden Keulen 1.80 Mark, für das Ragout 1.10 Mark, bestehend aus: den beiden Vorderläufen je 40 Pfg., den anderen Ragoutstücken 30 Pfg.; für Aaminchen: mit Fell 1.50 Mark, ohne Fell 1.30 Mark für das Stück; für Fasanenhühner: mit Federn 3.50 Mark, gerupfte Hühner 3.75 Mark für das Stück; für Fasanenhennen: mit Federn 2.50 Mark, gerupfte Hennen 2.75 Mark für das Stück.

Sanau, 20. Jan. (Vor dem Schöffengericht) hatten sich der Schüler Wilhelm Löschengruber und sein Vater, der Fuhrarbeiter Wilhelm Löschengruber, wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten. Bekanntlich hat der junge Löschengruber am 8. Dezember v. J. beim Spielen mit einer Schußwaffe seinen vierjährigen Neffen Julius Krüa erschossen. Der Junge hat das Gewehr in dem Gartenhäuschen des erstlichen Gortens gefunden, wo es sein Vater in einen Sack gewickelt verborgen hielt. Der Vater führte zu seiner Verteidigung an, in dem Gewehr sei ein Verschager gewesen, den er zu entfernen beabsichtigte. Er verzag indessen sein Vorhaben, und das Gewehr lag anderthalb Jahre in der Hude verstaubt. Daß Kinder die Waffe finden würden, habe er nicht annehmen können. Der Junge gibt an, er habe nicht gewußt, daß das Gewehr geladen war. Das Gericht erkannte gegen den Vater auf einen Monat Gefängnis und sprach den Sohn wegen mangelnder Einsicht frei. — (Zu wenig Fettgehalt) hatte eine Milchprobe, die im November v. J. bei der Milchhändlerin Ernestine Kaiser aus Sandau-Gefestadt entnommen wurde. Frau Kaiser betreibt die Milch-Gesellschaft zu haben; sie habe die Kannen mehrere Stunden vor dem Hofthof „Zum Riesen“ stehen gelassen und vermute, daß dort die Milch die Tausche erhalten habe. Im Laufe der Untersuchung erhielt die Polizei einen anonymen Brief, aus dem hervorgeht, daß hier eine Bande ihr Unwesen treibe, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, den Inhalt abgetesteter Milch-Kannen zu messern. Doch diese Ueberschuldung nützte der Milchhändlerin — denn diese war die Briefschreiberin — nichts. Man konnte ihr zwar eine vorläufige oder fahrlässige Fälschung der Milch nicht nachweisen, Strafreife sie aber, weil sie die Milch ohne den vorgeschriebenen Fettgehalt in den Verkehr brachte, mit 30 Mark oder sechs Tagen Gefängnis.

+ **Hornau, H. Jan.** (Eindruck.) In der Bedienung des Rudolf Guggenberger, der gegenwärtig in seinem Geschäft in Frankfurt weilt, wurde nächstherweise eingebrochen und alle Vorräte an Lebensmitteln, Wein, Kohlen ufm. gestohlen. Der Diebstahl muß von lokalsündiger Seite ausgeführt worden sein.

+ Rönigstein, 20. Jan. (Bohehen.) In letzter Zeit wurden mehrfach die in den öffentlichen Anlagen aufgestellten Mudebänke mißwilligerweise zertrümmert. Jetzt gelang es der Polizei, die jugendlichen Sünder zu ermitteln, welche nunmehr für ihre Thaten eine strenge Bestrafung zu erwarten haben. Die Eltern sollten daher die jungen Leute vor solchen Streichen warnen, die in der Regel zu keinem guten Ende führen.

Bad Domburg v. d. A., 10. Jan. (Preisprüfungsstelle). Die für Domburg und seine Nachbargemeinden eingesetzte Preisprüfungsstelle bezieht ihre Wirkksamkeit auch auf die Bestimmung der Preise für Bekleidungsstücke und Haushaltungszubehör auszuweisen. Ungarische Eier gelangen durch die Prüfungsstelle zum Preise von 15 Pfennig das Stück zum Verkauf.

Uingen, 19. Jan. (Ob's Hilfe) Amlichen Feststellungen zufolge wurden im Kreise die feiggeicheten Höchstpreise dadurch umgangen, daß neben dem Höchstpreis hohe Tringelbeter und unangemeissen hohe Vergütungen für Transportkosten um, abgeliefert wurden. Der Landrat warnt die Kreisbewohner vor solchen Mischgeschäften und droht Käufern und Verkäufern mit der Verhängung schwerer Strafen.

Nordenst, 19. Jan. (Gestohlen und wieder gebracht.) Einem hiesigen Ortsbewohner waren verschiedene Wäschestücke, die er einer freilich nicht empfehlenswerthen Stie gemäth über Nacht im Garten hette hängen lassen, gestohlen worden. Da ließ er durch die Ortschelle bekannt machen, daß der Dieb gefehen und erkannt worden sei; er würde aber strafflos ausgehen, wenn er innerhalb dreier Tage das unrechte Gut wieder abliefern. Am folgenden Tage lag in der Morgenfrühe die Wäsche feil säubereich in einem Sack verpackt, im Weggraben vor dem Hause.

Neu-Hamburg, 19. Jan. (Genossenschaftliches.) Was ein gut geleiteter Konsumverein in schwerer Zeit leisten kann und schon geleistet hat, das spiegelt sich im Geschäftsbericht über das 13. Geschäftsjahr der Neu-Hamburger Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft wider. Durch die großen Reserven und sonstigen Vertriebsmittel konnte der Verein große Mengen Waren rechtzeitig beschaffen und sie ohne Rücksicht auf die Konkurrenz an die Mitglieder billigt absetzen. Trotzdem stündig in den 12 Kriegsjahren des Geschäftsjahres bis 50 000 Mark an Kapital für Waren festgelegt waren, konnten 4000 Mark reiner Zinsersatz dem angelegten Genossenschaftsvermögen erübrigt werden, ebenso 2474 Mark Diskonterübrigung für Verzinsung. Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug 330 212 Mark; das ist gegen das vorhergegangene Geschäftsjahr ein Mehr von 100 428 Mark. Es sind aus dem Warengeschäft trotz dieser Steigerung des Umsatzes von über 100 000 Mark nur etwa 4500 Mark als Reinerübrigung erzielt worden, ein Beweis dafür, daß die Vorteile beim Wareneinkauf den Mitgliedern durch billige Abgabepreise zugute gekommen sind. Zu dieser Steigerung (40 Prozent) tragen namentlich die erhöhten Warenaufpreise und die starke Mitgliederzunahme bei. Es traten 176 Mitglieder zu, so daß beim Abschluß 1257 Mitglieder vorhanden waren. Der Umsatz im Lieferantengeschäft betrug 88 500 Mark; das ist ein Rückgang um 119 000 Mark. Dieses Weniger erklärt sich dadurch, daß die Fleisch-, Milch- und sonstigen Lieferanten den gewöhnlichen Rohstoff ganz oder teilweise wegfallen ließen. Der Umsatz, den die Mitglieder in diesen Geschäften haben, kommt daher nicht mehr im Geschäftsbericht in Erscheinung. Der Gesamtumsatz betrug 438 712 Mark, im Vorjahre 456 183 Mark. Das finanzielle Ergebnis ist zufriedenstellend; an die Mitglieder konnten 25 062,75 Mark rückvergütet werden. Die Reinerübrigung beträgt 11 006,88 Mark; sie fand zur Stärkung der einzelnen Fonds wieder Verwendung, die jetzt eine Höhe von etwa 58 000 Mark erreicht haben. Der Gesamtumsatz bei der Großeinkaufsgesellschaft betrug im verfloßenen Geschäftsjahre 180 000 Mark oder 80 000 Mark mehr als im Vorjahre, der Bankguthabensumsatz 274 000 Mark. An festen Beisitzern sind bei der Großeinkaufsgesellschaft 104 732 Mark angelegt; aus ist der Verein mit 12 Anteilen à 500 Mark gleich 6000 Mark beteiligt. An der vor kurzem gegebenen Obligationenemission

zur Errichtung neuer Produktionsbetriebe fand ebenfalls eine Verteilung mit 10 000 Mark statt, da es im Interesse der organisierten Konsumenten liegt, immer mehr genossenschaftliche Betriebe zu errichten. Als Gesellschafter ist der Verein mit 1000 Mark an der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine beteiligt und hat auf die Betriebs- und Verwaltungsgebäude eine Teilhaberschaft von 10 000 Mark übernommen. Die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Genossen erhalten ohne Rücksicht auf den Umfang 30 Mark, sobald die amtliche Sterbeurkunde vorgelegt wird. Im abgelaufenen Geschäftsjahre waren von 848 zum Kriegsdienst Eingezogenen 13 dem mörderischen Klingen zum Opfer gefallen. Der dazu noch vorhandene Fonds von 1327 Mark wurde ebenfalls um 1000 Mark verstärkt. Zum Schluß wurden die ausscheidenden Verwaltungsmitglieder wiedergewählt und für die Dauer einiger zum Kriegsdienst Eingezogenen Ersatz bestimmt. In den Vorstand wurde das bisherige Mitglied Ogl, in den Aufsichtsrat die ausscheidenden Genossen Gumbertmann, Rust und Paul wiedergewählt.

Siebertshausen, 19. Jan. (Auch das Orisoberhaupt...) Bei der Getreidebestandsaufnahme fand man beim Ortsbürgermeister erheblich mehr, als er angegeben hatte. Aus Furcht vor der zu erwartenden Beschlagnahme erging sich der Bürgermeister.

Mains, 19. Jan. (Unfall.) Einem Schiffsjungen vom Mainfranken-Straubendampfer „Großherzog“ wurde beim Aufnehmen eines Rahmes vom Drahtstränge ein Bein fast vollständig abgerissen und der Junge gleichzeitig über Bord geworfen. Es gelang, ihn aus dem Rhein zu retten, worauf er ins Krankenhaus gebracht wurde.

Kassensburg, 19. Jan. (Ein trauriger Unglücksfall) ereignete sich heute mittig im Schneidmühlweg. Der dort wohnende Eisenbahner Knab kam aus Belgien heute hier in Urlaub an und legte einen Revolver auf den Tisch. Sein Junge nahm die Waffe und fragte: „Papa, ist der geladen?“ Auf die vermeintliche Antwort des Vaters legte der Knabe auf diesen an, drückte los, und zu Tode getroffen stürzte der Vater nieder. Auf dem Wege zum Krankenhaus gab er seinen Geist auf.

Weth a. M., 18. Jan. (Ertrunken.) In der letzten Nacht wollten die beiden Schiffer Otto Dechent und Josef Elbert von hier auf ihr Schiff „St. Nikolaus“, das auf dem Main hier vor Anker lag, in einem Rachen zurückkehren; dabei stürzte der achtunddreißigjährige Ratse Elbert auf unaufgeklärte Weise ab und verschwand sofort im Wasser. Dechent wollte zu Hilfe eilen, blieb aber mit seinem Rahne an dem Drahtseil des Kettenbootes hängen. Auf seine Hilferufe erwachten zwei andere Schiffer und retteten ihn im letzten Augenblick.

Aus Frankfurt a. M.

Für 12 000 Mark Postanweisungen gefällig. Dem Postsekretär Brecht aus Würzburg, der, wie früher berichtet, auf dem Umwege über Frankfurt a. M. gefälschte Postanweisungen mit erheblichen Beträgen an sich unter einer Deckadresse nach Nürnberg schickte, sind bis jetzt Forderungen von etwa 12 000 Mark nachgewiesen worden. Brecht wurde in Nürnberg, als er eine Postanweisung in Empfang nehmen wollte, verhaftet. Drei Postbeamtinnen, die er durch lügenhafte Angaben an sich zu fesseln wollte, wurden ihrer Stellung enthoben.

Die Durchbrecher erwischt. Die beiden Kaufmannslehrlinge, die hier Betrugsereien verübten und sich unrechtmäßig einen Schad aneigneten, ihn ausfüllen und darauf einige Tausend Mark erhoben, sind inzwischen in Straßburg festgenommen worden.

Selbstmord. Gestern Abend gegen 10 Uhr nahm ein 18-jähriges Hausmädchen des städtischen Krankenhauses — nachdem es von einem Ausgang zurückgekehrt war — Gift und war alsbald eine Leiche. Was das Mädchen in den Tod getrieben hat, ist zurzeit noch unbekannt.

Zusammenstoß. Gestern nachmittag stieß in der Adalbertstraße ein Straßenbahnwagen mit einem Lastwagen zusammen. Der Motorwagen wurde leicht beschädigt.

Berichtsaal.

Frankfurter Strafkammer.

Die unbefestigten Zigarren. Eine schreckliche Drohung ließ der 35-jährige Handlungsgehilfe Emil Werner an der Strafkammer aus: er will Deutschland verlassen, sobald die Grenzen wieder offen sind! Und warum? Weil einem hierzulande gleich alles so schief ausgelegt wird! Auf diese Weise muß Werner immer drummen. Wie war's zum Beispiel mit seiner letzten Strafe? Er hatte ein Insekt erlassen, monach ein „besseres Kind“ auf drei Jahre gegen ein Entgelt von 3000 Mark in Pflege gegeben werden sollte. Nun hatte er zwar kein Kind in Pflege zu geben, sondern er wollte sich angeblich auf diese Weise Adressen für seine Zigarrengeschäfte verschaffen. Aber was tat das Gericht? Es sperrte ihn wegen Betrugs ein, indem es annahm, daß es ihm nur auf die Fremdwörter angekommen sei, die den Offerten für Rückantwort beigelegt werden mußten. So was! Auch jetzt sah Werner nach seiner Meinung wieder ungeschuldig auf der Anklagebank. Er hatte unbestellte Zigarren verschickt, hauptsächlich an Pfarrer, weil er von ihnen glaubte, daß sie am ersten geneigt sein würden, in dieser teuren Zeit einen Christenmenschen etwas verdienen zu lassen. Einer von den Pfarrern nun, die das eile Kraut des Herrn Werner zurückgeben ließen, erhielt von ihm einen Brief, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, es habe eine Zigarre gefehlt, deshalb sei der Betrag für das ganze Kistchen innerhalb zweier Tage fällig, sonst Klage, „und zwar im Armenrecht, also für mich kostenlos“. Das ließ nach der Ansicht der Anklagebehörde: Was kostet es nichts, aber du bekommst auf alle Fälle Kosten! Tatsächlich hat der Pfarrer, der natürlich keine Zigarre angerührt hatte, das Vergnügen gehabt, Anwaltskosten zu bezahlen, nachdem Werner Rücklage erhoben hatte, die er vor der Hauptverhandlung zurücknahm. Die Strafkammer erkannte wegen verführerischer Erpressung auf sechs Wochen Gefängnis. „Das ist die letzte Strafe, die ich in Deutschland erleide“, sagte Werner zum Abschied.

Briefkasten der Redaktion.

Frau M. C. W., Frankfurt. Sie haben vollkommen recht, aber die Verhältnisse sind härter, als der Wille des einzelnen.
H. Sch., Hof (Weihenw.). Der Preis für Gerste betrug im Mai 1914 17 bis 20 Mark per 100 Alio.

Neues aus aller Welt.

Zum Brand von Bergen. Nach dem amtlichen Brandbericht verursachte die Unachtsamkeit zweier Arbeiter den Brand in Bergen. Die Arbeiter waren in einem Speicher mit einem Licht einem Ballen Holz zu nahe gekommen, der sofort in Flammen geriet. Die dadurch entstandene Hitze war so groß, daß die Leute außerstande waren, den Brand zu löschen.

Christentum und Krieg.

Wie bald nach Beginn des Weltkrieges die deutschen und die französischen Katholiken unter sich in einen gewaltigen literarischen Streit gerieten, so spielen sich seit kurzem auch Auseinandersetzungen zwischen deutschen und französischen Protestanten ab. In der jüngsten Nummer der evangelischen „Christlichen Welt“ richtet deren Herausgeber, Professor Rade, einen offenen Brief an die Synode der evangelisch-

lutherischen Kirche in Paris, die auf Grund eines vom „Temp“ übernommenen „Standard“-Artikels eine Rundgebung gegen drei deutschen Theologen angekündigt oder wirklich gehaltenen Predigten erlassen hat. Die Prediger sollen sein Pastor Friedrich Philippi, Pastor Voebel in Leipzig und Professor R. Seeberg in Berlin. Professor Rade bestreitet, daß die Mitteilungen des „Standard“ auf Wahrheit beruhen; er will die Unterlagen nach Paris und London („Standard“) senden, und er erwartet, daß die Synode „ihre übereilte Erklärung zurückzieht“. Die angebliche Predigt Philipphis (Wiesbaden) ist nach Rade eine grobe Entstellung, die vor Zitatenfälschungen nicht zurückgeschreckt ist; Professor Seeberg vermutet, es könne wohl nur ein Artikel der „Illustrierten Zeitung“ (Nr. 3771) „Anlaß zu der Fälschung gegeben haben“. Der Pfarrer Voebel in Leipzig aber ist Herr Rade „vorläufig eine mythische Person“; es gebe keinen Pfarrer dieses Namens in Deutschland und keinen Pfarrer ähnlichen Namens in Leipzig.

Was dieser „Pfarrer Voebel“ gesagt haben soll, ist allerdings das Gegenteil von allem. Wir übertragen hier die von der „Christlichen Welt“ aus dem Pariser „Temp“ übernommenen Sätze ins Deutsche:

Der Himmel hat die Deutschen gesegnet und sie als das auserwählte Volk bezeichnet. Wir führen diesen Krieg in der Überzeugung, daß wir, indem wir unsere Feinde vernichten und darauf unsere Herrschaft aufrichten, den göttlichen Willen ausführen. Deutschland verteidigt das Christentum, seine Feinde sind die Feinde der wahren Religion. Dieses Durchdringensein von unserer Mission erlaubt uns, uns zu freuen und glücklich zu sein mit dankerfülltem Herzen, wenn unsere Geschosse die Böse Satans vernichten und wenn unsere wunderbaren Unterseeboote, die Instrumente der göttlichen Rache, Tausende von Nichterwählten in den Meeresgrund versenken. Wir müssen die Bösen mit allen Mitteln bekämpfen; ihre Weiden müssen uns angenehm sein, ihre Schmerzensschreie dürfen die lauten deutschen Ohren nicht bewegen. Mit der Hölle gibt es kein Kompromiß aus Mitleid für die Diener Satans, mit anderen Worten: kein Raum für Engländer, Franzosen, Russen und alle die Völker, die sich dem Teufel verschrieben haben, die infolgedessen durch göttlichen Spruch verurteilt sind, unterzugehen.

Solchen Wahnsinn kann kein Mensch, der noch frei herumläuft, von sich gegeben haben, und es wäre darum zu wünschen, daß auch bezüglich des „Pfarrers Voebel“, den es in der Tat nach dem Adressenverzeichnis der evangelischen Geistlichkeit nicht gibt, eine Nachprüfung vorgenommen werden könnte, wie es bei den Herren Philippi und Seeberg mit dem Erfolge verlaufen ist, daß die Fälschungen nachgewiesen wurden. Wir empfehlen Herrn Rade, einmal die (nicht zugänglichen) Kriegsschriften des Pfarrers Löber in Fremdiswalde, Bezirk Leipzig, einer Durchsicht zu unterziehen; dort findet er vielleicht die Stellen, die bei den Fälschungen des „Standard“ als Unterlage gedient haben.

Professor Rade schließt seinen offenen Brief wie folgt. „Werte Herren und Brüder, es liegt wahrhaftig zurzeit viel zwischen uns, Gott sei's geklagt! Aber erhebt nicht unwahre Beschuldigungen, nährt euren Zorn nicht an gefälschten Berichten. Überzeugt euch, daß eure Zeitungen auch in diesem Maße schwer getäuscht haben, und nehmt das Urteil zurück, das ihr daraufhin feierlich ausgesprochen habt.“

Fragen der Kriegsfürsorge.

In der Reichstagsdeputation der sächsischen zweiten Kammer haben die sozialdemokratischen Vertreter zu ihrem Antrag nach Verbesserung der Kriegsfürsorge eine Reihe bestimmter Vorschläge gemacht. Sie verlangen ein gesetzliches Recht zur Sicherung der Berufsausbildung, Einrichtung von Lehrverhältnissen für technische Arbeiter und Beamte, Ausgestaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise für diese Zwecke, Nebenabnahme der Kosten auf das Reich für alle in Betracht kommenden Einrichtungen. Wir fordern weiter eine Statistik über die Zahl und Art der Verletzungen, sowie über die Erfolge der Heilbehandlung.

Die Ansiedlung der Kriegsverletzten bezweckt ein Antrag der Nationalen im preussischen Landtage. Die Regierung wird ersucht, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, damit der nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges besonders notwendige Ausbau der inneren Kolonisation auch durch die Ansiedlung von Kriegsverletzten wirksam gefördert wird.

Ein Ausschuss des Berliner Stadtverordnetenkollegiums hat die ihm zur Vorberatung übermittelte Vorlage über die Nachbesserung von 300 000 Mark für die freie Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindefamilien angenommen.

Die glänzende Lage der Landwirtschaft

Kommt auch bei den Neuberechnungen der Staatsdomänen zum Ausdruck. In Ost- und Westpreußen sind im Jahre 1915 sieben Domänen verpachtet worden, und der Staat erhält bis über 100 Prozent mehr an Pacht. Diese gewaltige Steigerung würden die Pächter nicht tragen, wenn die Landwirtschaft nicht große Profite erzielen würde. Es wurde die Domäne Kufersene (Kreis Niederung, Ostpr.) für 10 000 Mark verpachtet; die bisherige Pachtsumme betrug 10 088 Mark. Die Domäne Soborpen (Kreis Stallupönen) brachte bisher 12 077 Mark; jetzt ist sie für 15 155 Mark verpachtet worden. Die Domäne Bawerwitz wies 10 166 Mark Pacht ab; bisher betrug der Pachtpreis 6034 Mark. Die Domäne Krottsch in im Kreise Labau ist für 9010 Mark verpachtet worden; bisher brachte sie nur 4033 Mark. Außerdem hat die Domäne noch durch Flächenberechtigung zwei Ostsee-Land verloren. Die Domäne Rühlberg (Kreis Dirschau) ist für 12 064 Mark verpachtet worden; bisher war der Preis 8106 Mark. Die Domäne Brestin (Kreis Bahig) bringt jetzt 10 545 Mark Pacht, während bisher nur 8720 Mark zu entrichten waren.

Will man angeht, daß diese bedeutenden Pachtsteigerungen noch bestreiten, daß die Landwirtschaft hohe Profite erzielt?

Die Unternehmerorganisationen nach dem Kriege.

An wirtschaftlich starken Arbeitgeber- bzw. Industrieorganisationen fehlt es in Deutschland nicht. Welche Kraft sie ausstrahlen, welchen Einfluß sie auf unser ganzes wirtschaftliches und politisches, überhaupt auf unser öffentliches Leben ausüben, ist bekannt. Trotz der wirtschaftlichen Vorteile, die zu erreichen diesen Organisationen bisher möglich war, gibt es Industrielle, die sich gerade durch die Organisation der Industriegruppen nicht wenig beeinträchtigt fühlen. Sie möchten für ihre Bestrebungen volle Selbstbestimmung haben, in der Produktion, im Handel, wie in der Preisfestsetzung nicht beengt sein, und so haben wir erlebt, wie einzelne Industrielle, trotzdem sie den Segen der Organisation gekostet, gegen diese Stellung genommen haben, weil sie glaubten, daß ihre Interessen durch die Organisationspolitik gefährdet würden. Freies Spiel der Kräfte im Industrielieben, ungehinderte Ausübungsmöglichkeit für den Einzelnen, und wenn es auch über Opfer hinweggeht! Daher die Kämpfe in den einzelnen Industrieorganisationen, im Kohlenfondat, im Stahlwerksverband, in der Metallindustrie und anderswo. Der Kampf der Großen gegen die Kleinen und der der Großen gegen die Großen. Das alte kapitalistische Bild! Wir haben erlebt, wie

der Wille der großen Einzelunternehmungen die Industrieorganisationen gefährdet hat, wie diese um ihrer Selbsthaltung willen und zum Schutze der kleineren Unternehmungen schließlich erbelene wie aufgezogene Staatskräfte annehmen, um sich gegen die Ansprüche rücksichtsloser Industrieriesen wehren zu können. Anstrengend haben sich die letzteren dem Vorgehen der Staatsgewalt gefügt.

Wie werden die Dinge sich nach dem Kriege gestalten? Werden die Kleinunternehmungen auf Eigenwillen zugunsten der für sie in Frage kommenden Gewerbegruppen und deren Organisationen verzichten? Man kann es heute noch nicht sagen. Dürfen wir auf autoritative Stimmen hören, so wird auch nach dem Kriege die Organisation der Industrie beherrschen. So schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in ihrem letzten Wochenheftartikel u. a.:

„Die Regierung wird es nicht ruhig mit ansehen, daß die deutsche Industrie in den großen Kampf um den Weltmarkt, dessen Bedeutung und Schwere für denjenigen immer deutlicher in die Erscheinung tritt, der die von Tag zu Tag sich heftigenden Vorbereitungen unserer Feinde auf diesen Kampf sorgfältig beobachtet, unter dem Zeichen des freien Wettbewerbs, das heißt des Kampfes aller gegen alle, eintritt. Die Industrie wird sich klar darüber werden müssen, daß für diesen großen Handelskrieg kriegerische Verhältnisse obwalten werden und daß Disziplin und Ordnung auch für diesen Kampf die Vorbedingung des Sieges sind. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie wird den Kampf unternehmen müssen nicht als Tausende von Einzelbetrieben und als Tausende von einzelnen Handelskontoren, sondern als wohlgeordnete und wohlgeordnete Organisation. Diese Notwendigkeit ist beinahe handgreiflich geworden. Wie könnte zum Beispiel der deutsche Kohlenmarkt nach dem Kriege gegen den englischen und amerikanischen Wettbewerb erfolgreich auftreten, wenn ihm nicht in seinem Schicksal eine so starke Waffe gegeben wäre? Nur das Schicksal ermöglicht die erforderliche Einheitlichkeit und Schlagkraft in der Außenpolitik, die ohne eine wohlorganisierte Inlandorganisation und Inlandpolitik einfach unmöglich ist. Genau so wird ein Erfolg der Eisenindustrie und auch der Webstoffindustrie in diesem Kampfe um unser wirtschaftliches Dasein unmöglich, wenn nicht auch in diesen Industrien dieselbe Einheitlichkeit, dieselbe Ordnung und dieselbe Disziplin geschaffen wird.“

Sollten die Industriellen diesen Anregungen unzugänglich sein, so dürften nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ staatliche Zwangsmaßnahmen zugunsten des Zusammenschlusses in Aussicht stehen. Allerdings, der Staat kann es allein auch nicht machen. Ob und in welchem Maße die Organisation der Industrie gefördert werden kann, das hängt auch von der wirtschaftlich-industriellen und, soweit Handelsfragen in Betracht kommen, auch von der politischen Entwicklung mit ab. Diese ist heute noch nicht klar zu überblicken. Jedenfalls haben die Arbeiter und Arbeiterinnen ein großes Interesse an den Vorgängen in den wirtschaftlichen Verbänden der Unternehmer. Starke Unternehmerorganisationen bedingen starke Arbeiterverbände. Wenn die Arbeiter diese Lehre nicht in genügender Weise begreifen, haben sie später den Schaden zu tragen. Aber nicht nur durch berufliche Organisation müssen die Arbeiter sich stärken zur Auseinandersetzung mit den Unternehmernverbänden, sondern sie und die breiten Schichten des sogenannten Mittelstandes werden energisch hingestochen, damit sie in ihrem Interesse die Hand an die Klinke der Gesetzgebung legen. Schließlich bleibt ein Trost: die fortschreitende Syndikalisierung und Kartellierung des Wirtschaftslebens stärkt auch die Kräfte, die zu seiner sozialistischen Organisation drängen.

Tariffragen im Buchbindergewerbe.

Die Verwaltung des Verbandes beschäftigt sich in der letzten Zeit wiederholt mit Verträgen, die in großer Zahl im Juni ablaufen. Dazu gehört auch der sogenannte Dreihäufelvertrag für Berlin, Leipzig und Stuttgart, unter dessen Bedingungen rund 12 000 Personen arbeiten. Er lief fünf Jahre und verlängerte sich ohne weiteres um ein Jahr, wenn er nicht drei Monate vorher von einem der Vertragsschließenden — dem Deutschen Buchbinderverband oder dem Verband Deutscher Buchbindermeister — gekündigt wird. Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat nun beschlossen, eine Verlängerung des Dreihäufelvertrages um ein Jahr unter den folgenden Bedingungen zu beantragen:

1. Die Zeitlöhne werden für die männlichen Arbeiter um 15 Prozent und für die weiblichen Arbeiter um 20 Prozent erhöht.
2. Sämtliche Stüdlöhne werden um 15 Prozent erhöht.
3. Für Arbeiten (an neuen Maschinen usw.), die im Tarif noch nicht vorgesehen sind, an denen aber auf Stüd gearbeitet wird oder für die Stüdarbeit geeignet gehalten wird, sind Stüdlöhne festzusetzen.

Die kurze Geltungsdauer ist mit Rücksicht auf den Krieg in Aussicht genommen.

Wiesbadener Theater.

Reinhold-Theater.

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die seltsame Erbschaft“.
Freitag, 21. Jan., 8 Uhr (Vollbesetzung): „Ein toller Fiesal“.
Samstag, 22. Jan., 7 Uhr (Neuheit!): „Tante Tüschchen“.
Sonntag, 23. Jan., 1/4 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“
Freie. — 7 Uhr: „Tante Tüschchen“.

Königliches Theater.

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die Rattenfänger“.
Freitag, 21. Jan., 7 Uhr: „Die Rabensternin“.
Samstag, 22. Jan., 7 Uhr: „Garmen“.
Sonntag, 23. Jan., 6 Uhr: „Die Meisterfänger von Nürnberg“.
Montag, 24. Jan., 7 Uhr: IV. Symphoniekonzert.
Dienstag, 1. Febr., 8 Uhr: Gastspiel Jachow: „Lohengrin“.

Städtische Butterverteilung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 10. Januar 1916 wird nochmals darauf hingewiesen, daß die am 3. und 4. Januar d. Js. ausgegebenen Buttermarken für

Gruppe III vom 21. bis 31. Januar
Gruppe IV vom 1. Februar ab
Gültigkeit haben.

Die Marken der Gruppe II verfallen mit dem 20. Jan. Wiesbaden, den 19. Januar 1916.

Der Magistrat.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren
Grosse Auswahl. Billige Preise.
Karl Sommer, Kürschner.
41 Wallritzstrasse 41.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.
In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Volksstimme